



## ORDNUNGSPOLITIK

### Die Renaissance der Ordnungspolitik

Würde bereits in den nächsten Tagen die Wahl zum Wort des Jahres 2009 anstehen, hätte der Begriff „Ordnungspolitik“ gute Chancen, einen der ersten Plätze zu belegen. Kaum ein Politiker, der nicht „mehr ordnungspolitische Vernunft“ einfordert oder gar „ordnungspolitische Leitplanken“ anbringen will. Ob es nun um Konjunkturpakete, die Verstaatlichung von Banken, die Rettung angeschlagener Industrien oder den Umbau des Finanzsystems geht, überall beruft man sich auf „ordnungspolitische Grundsätze“. Ordnungspolitik ist zu einer Art Zauberformel geworden, die wirtschaftspolitischem Handeln den Charakter der „Richtigkeitsvermutung“ verleiht und sich der „Rückendeckung“ durch die ordoliberalen Gründungsväter der Sozialen Marktwirtschaft sicher wähnt.

Von Nils Goldschmidt und Joachim Zweynert

Zudem bedient die Politik auch ein neu erwachtes öffentliches Interesse an ordnungspolitischen Argumenten. Wohl selten in den letzten Jahrzehnten haben sich die Namen von Walter Eucken, Alfred Müller-Armack und Wilhelm Röpke so häufig in den Leitkommentaren der großen Tageszeitungen gefunden wie heute (ein Befund, den diese Neoliberalen übrigens mit John Maynard Keynes teilen).

Die rhetorische Wertschätzung, die die Ordnungspolitik in Politik und Öffentlichkeit erfährt, steht in auffälligem Gegensatz zu ihrer Reputation an den wirtschaftswissenschaftlichen Fakultäten der Universitäten. Dort ist die Ordnungspolitik heute akut vom Aussterben bedroht. Die Umwidmung der entsprechenden Lehrstühle ist seit nunmehr zwei Jahrzehnten, weitgehend unbemerkt, im Gange. Eine breitere Öffentlichkeit wurde auf diesen Prozess erst aufmerksam, seit man an der Universität zu Köln, der Wirkungsstätte Alfred Müller-Armacks und nachfolgender Generationen herausragender Ordnungsökonom, im Handstreich versucht, die entsprechenden Lehrstühle in Professuren für Makroökonomik umzuwandeln. Die Ord-

nungspolitik gilt gegenwärtig den meisten Fachvertretern der Volkswirtschaftslehre – ganz anders als in der öffentlichen Wahrnehmung – als altbacken. Ordnungsökonom stehen in dem Generalverdacht, nicht auf der Höhe des theoretischen Geschehens zu sein, das nun einmal exzellente mathematische Kenntnisse verlange. Stattdessen würden sie versuchen, theoretischen Gehalt durch ideologische Argumente und Werturteile zu kompensieren. Nach einer ähnlichen Diskrepanz zwischen öffentlichem Interesse und wissenschaftlicher Reputation, wie sie sich aktuell an der Diskussion um die Ordnungspolitik zeigt, sucht man wohl in allen anderen wissenschaftlichen Disziplinen vergeblich.

**Worin liegt nun der Kern des ordnungsökonomischen Programms?** Anders als anderen wirtschaftswissenschaftlichen Ansätzen geht es der Ordnungsökonomik darum, die „Interdependenz der Ordnungen“, also das Zusammenspiel von Recht, Wirtschaft und Politik zu untersuchen, um hieraus wirtschaftspolitische Empfehlungen zur Gestaltung der Wirtschaftsverfassung abzuleiten. Es geht ihr also um weit mehr als nur um „die Beschreibung und Analyse der

## IN DIESER AUSGABE

Die Renaissance der Ordnungspolitik	Seite 1/2
Golo Mann – Dem Historiker und Publizisten zum 100. Geburtstag	Seite 3
Veranstaltungen und Publikationen	Seite 4

Bedingungen von funktionsfähigem Wettbewerb“, wie Rüdiger Bachmann und Harald Uhlig dies in der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung (FAZ)* vom 30. März 2009 behauptet haben.

Es stellt sich die Frage: Ist ein solcher, auf die Erkenntnis des gesellschaftlichen Gesamtzusammenhanges gerichteter Ansatz veraltet, weil die Komplexität der modernen (Wirtschafts-)Welt nun einmal eine weitgehende wissenschaftliche Arbeitsteilung mit entsprechend spezialisierten Fachdisziplinen erfordert und ergo Wirtschaftswissenschaft sich auf das Verstehen des Wirtschaftsprozesses selbst zu beschränken hat?

**Ein Blick in die Geschichte unserer Disziplin enthüllt, dass es schon immer zwei Hauptströmungen des ökonomischen Denkens gegeben hat:** Die einen begreifen das Wirtschaften als einen eigenständigen Teil der Gesellschaft und konzentrieren sich auf jene Prozesse, die innerhalb des Wirtschaftssystems ablaufen. Dies sind die „reinen“ oder „isolierenden“ Ökonomen, die dazu neigen, sich abstrakter Modelle und der Sprache der Mathematik zu bedie-

nen. Als ihr Begründer wird häufig David Ricardo gesehen, der in seinem Hauptwerk von 1817 erstmals eine modelltheoretische Betrachtung des wirtschaftlichen Geschehens vortrug. Die anderen sehen das Wirtschaften als einen unabtrennbaren Teil des gesellschaftlichen Gesamtgeschehens und konzentrieren sich vor allem auf das Verhältnis zwischen Wirtschaft und Gesellschaft. Da sich diese – vornehmlich qualitativen – Beziehungen nur sehr schwer modelltheoretisch erfassen lassen, neigen die Vertreter dieses Ansatzes eher zur verbalen Argumentation und weit weniger zur Sprache der Mathematik. Man könne diese Richtung – in Abgrenzung zur isolierenden Ökonomik – als kontextuale Volkswirtschaftslehre bezeichnen.

**Die deutsche Volkswirtschaftslehre war seit dem 19. Jahrhundert in besonderem Maße durch kontextuale Ansätze geprägt.** Dabei handelt es sich keineswegs um einen Ausdruck des deutschen geistesgeschichtlichen Sonderwegs, wie dies Albrecht Ritschl am 16. März 2009 in der FAZ behauptet hat. Sondern es reflektiert vor allem den Umstand, dass Deutschland etwa ab der Mitte des 19. Jahrhunderts durch eine Periode der nachholenden Industrialisierung und damit durch eine soziale Transformation ging. Solche Phasen sind durch einen grundlegenden Wandel des Verhältnisses von Wirtschaft, Gesellschaft und Staat geprägt, und das erklärt die Bedeutung kontextualer Ansätze. Ihren Höhepunkt erreichte diese Tradition in der jüngeren Historischen Schule um Gustav Schmoller.

Die Tatsache, dass das Pendel in jenen Jahren eindeutig zu weit in Richtung Kontextualität ausgeschlagen war, führte in den 1920er und 30er Jahren zum Protest junger deutscher Theoretiker, die sich in der Tradition von David Ricardo ganz bewusst als „Neoricardianer“ formierten und aus denen schließlich – und hierin mag man angesichts der heutigen Kritik an der Ordnungspolitik eine gewisse Ironie der Geschichte sehen – auch der Ordoliberalismus hervorgehen sollte. Nur: „Neoricardianisch“ waren diese Ökonomen eben gerade nicht.

Sie hatten sowohl die wirtschaftspolitischen Verwerfungen der Weimarer Republik als auch den Nationalsozialismus erlebt. Und nicht zuletzt weil die Weltwirtschaftskrise von 1929 einen ganz entscheidenden Referenzpunkt ihres Denkens darstellte, wussten sie sehr gut um die Bedeutung des Politischen für das Wirtschaften. Sie versuchten deshalb einerseits, das Wirtschaftssystem in sich zu analysieren, es aber andererseits explizit auch in seinem gesellschaftlichen Kontext zu begreifen.

**Unter Wirtschaftshistorikern besteht weitestgehender Konsens darüber, dass das kontextuale Denken der Ordoliberalen den Erfolg der Sozialen Marktwirtschaft der frühen 1950er Jahre mitbegründete.** Zugleich hatte der beginnende Wettbewerb der politischen Systeme zur Folge, dass auf beiden Seiten des Eisernen Vorhanges für Jahrzehnte keine tiefgreifenden Veränderungen im Verhältnis zwischen Wirtschaft und Gesellschaft zu beobachten waren. Die Ökonomen hatten deshalb gute Gründe, sich relativ wenig für die gesellschaftliche Einbettung des Wirtschaftens zu interessieren und sich stattdessen darauf zu konzentrieren, die Instrumente zu verfeinern, mit denen sich die funktionalen Zusammenhänge innerhalb des Wirtschaftssystems erklären lassen. Erschien es in den 1990er Jahren vielen Beobachtern noch so, dass nur in der nicht-westlichen Welt, vor allem in Osteuropa, erhebliche Veränderungsprozesse abliefen, so wissen wir es heute besser. Weil der politische Systemwettbewerb auch dem marktlichen Wirtschaften Fesseln angelegt hatte, die nun weggefallen sind, ist auch in der „westlichen“ Welt das Verhältnis zwischen Wirtschaft und Gesellschaft in Bewegung geraten. Kurzum: Es spricht einiges dafür, dass wir in einem Zeitalter der Transformation leben.

**Die aktuelle Wirtschaftskrise muss zumindest zum Teil in diesem Kontext gesehen werden:** Sie hat auch damit zu tun, dass die Entwicklung der politischen Institutionen mit der wirtschaftlichen Dynamik nicht Schritt gehalten hat. Dies hatte zur Folge, dass der Staat nicht mehr in ausrei-

chendem Maße in der Lage war, jenen Ordnungsrahmen zu schaffen, der sicherstellt, dass die auf Gewinnmaximierung gerichteten Aktivitäten privater Akteure zu gesellschaftlich wünschenswerten Ergebnissen führen. Die heutige Krise ist damit ein Ordnungsproblem par excellence, ein Problem, das nur begriffen und gelöst werden kann, wenn man das Wechselspiel zwischen politischen und wirtschaftlichen Institutionen ins Visier nimmt. Dass der ökonomische mainstream so erschreckend wenig zur aktuellen Krise zu sagen hat, liegt schlicht und ergreifend daran, dass seine Vertreter eben keinen kontextualen Fokus haben. Anders gesagt: Genau das, was heute im Zentrum der Erklärung und der Therapie stehen müsste, stellt den blinden Fleck der isolierenden Ökonomik dar.

Um einem Missverständnis vorzubeugen: Wir wollen mitnichten behaupten, die mathematisch-quantitative Modellökonomik sei schlecht oder gar falsch. Mehr noch: Tatsächlich glauben wir, dass es die bleibende Hauptaufgabe der Wirtschaftswissenschaft ist, die funktionalen Beziehungen innerhalb des Wirtschaftssystems zu erforschen. Wir meinen aber, dass es daneben auch eine gewichtige Strömung geben muss, die jenen blinden Fleck beseitigt, den die isolierende Volkswirtschaftslehre zwangsläufig aufweist. Dies ist die bleibende Aufgabe der Ordnungsökonomik, die sich – anders als ihre Kritiker gerne behaupten – in den vergangenen Jahren auf der Grundlage der Neuen Institutionenökonomik, der evolutorischen Ökonomik und den Ansätzen von Public Choice und Constitutional Economics selbst modernisiert hat.

Auch als Ökonom weiß man, dass man nicht vorhersehen kann, was die Zukunft bringt. Man kennt die Schädlichkeit von Monopolen und die Vorteile des Wettbewerbs. Und gerade im Darwinjahr sollte es keine wirklich revolutionäre Erkenntnis sein, dass Vielfalt die Überlebenschancen von Populationen erhöht. Warum nur fällt es Ökonomen so unendlich schwer, diese einfachen Prinzipien in ihrem eigenen Biotop, den Fakultäten für Wirtschaftswissenschaft, zu beherzigen?

## Golo Mann – Dem Historiker und Publizisten zum 100. Geburtstag

Am 27. März 2009 wäre Golo Mann 100 Jahre alt geworden. Was hat das mit dem Patron der Zweigniederlassung des HWWI in Thüringen Wilhelm Röpke zu tun? Auf den ersten Blick scheint den Sohn Thomas Manns und den Ökonomen Röpke wenig zu verbinden. Betrachtet man die Sache genauer, so ergeben sich biographische und geistige Parallelen. Von Tim Petersen

Als ausgewiesene Gegner des Nationalsozialismus verbringen beide die Zeit des Hitler-Regimes im Exil, und beide sind stark von liberal-konservativen bis konservativen Denkern aus der Zeit um 1800 beeinflusst. Schreibt Golo Mann seine erste größere Biographie über den Metternich-Berater Friedrich Gentz, so stellt Röpke seinem kulturkritischen Werk „Jenseits von Angebot und Nachfrage“ zwei Zitate von Edmund Burke, dem Begründer des englischen Konservatismus, voran.

Von daher verwundert es wenig, dass sich Mann mit Röpke auseinandersetzt. Im Jahre 1952 befasst er sich in der antikomunistischen Zeitschrift „Der Monat“ unter dem Titel „Der Planer des Ungeplanten“ ausführlich mit Röpkes Buch „Maß und Mitte“. In dem 1950 erschienenen Werk äußert sich Röpke zu einer Vielzahl von ökonomischen und sozial-philosophischen Themen. Er fordert eine Erneuerung des Liberalismus in der Tradition europäisch-humanistischen Denkens. Den Kommunismus analysiert er als eine Ersatzreligion. Dem Kollektivismus wirft er eine Paradoxie von Zielen und Ergebnissen vor. Die Beschwichtigungstendenzen linker und liberaler Kreise gegenüber diesen Erscheinungen – Röpke nennt diese Tendenzen „sinistrismo“ und Progressismus – hält er für gefährlich. Der sozialistischen Planwirtschaft stellt er das Ideal einer moralisch, rechtlich und geldpolitisch eingebetteten Marktwirtschaft gegenüber. In der Vermassung – Röpke spricht von proletarisierter Gesellschaft und von der „Nationalisierung des Menschen“ – sieht er eine Bedrohung für diese „natürliche“ Ordnung. Seine Alternativvorstellungen zur Vermassung sind mittelständische Produktion, eingeschränkte Reklame und eine Technik, die in den Dienst der humanen Ordnung gestellt wird.

Mann betont in seiner Rezension die gemeinsamen geistigen Wurzeln bei Edmund Burke, dem französischen Amerikakenner Alexis de Tocqueville, dem kulturkonservativen Historiker Jakob Burckhardt und dem liberal-katholischen Lord John Acton. Er lobt Röpkes Analysen zum Nationalsozialismus und zur ökonomischen Situation der Nachkriegszeit. In Röpkes Publizistik vereinige sich „ökonomisch-technisches Können (...) mit philosophischem Sinn, konstruktivem Willen, essayistischer Brillanz.“

Dann setzt jedoch Manns Kritik ein, die sich durch die unterschiedlichen Geschichtsphilosophien erklären lässt. Mann vertritt einen pragmatischen Ansatz. In der Geschichte wirken seiner Ansicht nach Kontinuität und Spontaneität. Röpke dagegen entwickelt in seiner sozialphilosophischen Trilogie die Lehre von der „historischen Interferenz“. Geistesgeschichte schlägt sich danach mit einem gewissen zeitlichen Abstand in der Realgeschichte nieder. Eine solche Anschauung empfindet Mann als zu idealistisch. Er greift den Primat der Theorie über die Praxis bei Röpke an. Mann kritisiert insbesondere drei Positionen, die aus diesem Idealismus folgten: Röpke berücksichtige zu wenig die realgeschichtlichen Faktoren. Die sowjetische Planwirtschaft sei etwa in viel höherem Maße ein Produkt der Kriegswirtschaft als der marxistischen Ideologie. Röpkes Idealismus führe aus Gegnerschaft zum marxistischen Determi-

nismus in einen radikalen Voluntarismus. Er vertrete mit seinem Konzept der kleinteiligen Wirtschaftsordnung eine unrealistische Utopie. Das zeige sich zum Beispiel in der Zuversicht, die Dollarknappheit – ein zentrales weltwirtschaftliches Problem der 1950er Jahre – mit ordnungspolitischen Maßnahmen beseitigen zu können. Darin spiegle sich letztendlich ein „Glaube an die unbeschränkte Macht weisen Planens und Lenkens“ wider. Damit rechtfertigt Mann den im Titel implizierten Vorwurf, Röpke sei „ein Planer des Ungeplanten“. Das theoretische Idealbild verleite Röpke schließlich zu einem Pauschalurteil über die demokratische Linke, welches in seinem „sinistrismo“-Vorwurf deutlich werde.

Mit einem Abstand von über 50 Jahren relativieren sich die Vorwürfe von Mann. Ein Blick in Röpkes Werk macht deutlich, dass er zwar eine idealistische Geschichtsphilosophie vertritt, diese aber nicht verabsolutiert. Dass Manns Voluntarismusurteil in so übersteigter Form nicht gerechtfertigt ist, zeigt das Beispiel Dollarknappheit. Röpke glaubt, das Problem der Friktionen im Währungsbereich durch Konvertibilität und restriktive Geldpolitik bewältigen zu können. Mann meint dagegen, dass die Sache „jedem Laien sichtbar, auf der Überlegenheit der amerikanischen Produktion“ beruhe.

Die weitere Entwicklung hat gezeigt, dass auf diesem Feld der idealistische Ökonom Röpke dem pragmatischen Historiker Mann überlegen ist. Auch die Fehlurteile manch linksintellektueller Kreise im Kalten Krieg lassen Röpkes „sinistrismo“-Vorwurf durchaus gerechtfertigt erscheinen. Wenn es in diesen Tagen auch gilt, die Leistungen des Jubilars zu würdigen, so ist aus genannten Gründen dennoch zu fragen, ob Mann mit seinem Urteil über Röpke richtig gelegen hat.

### LITERATUR

Mann, G. (1972): Der Planer des Ungeplanten, in: ders.: Geschichte und Geschichten, Frankfurt am Main (Erstauflage 1961), S. 475-483 (Original in: Der Monat, Heft 43, April 1952, S. 91-94.).

Röpke, W. (1950): Maß und Mitte, Erlenbach-Zürich.

**Dritte Wilhelm-Röpke-Vorlesung**

Am 12. Februar 2009 fand in der Thüringer Aufbaubank die **Dritte Wilhelm-Röpke-Vorlesung** statt. Dr. Gerhard Schwarz, stellvertretender Chefredaktor und Ressortleiter Wirtschaft der Neuen Zürcher Zeitung, sprach zum Thema „Liberalismus trotz allem. Eine Handvoll Bemerkungen zum Umgang mit der Gegenreformation der Staatsanbeter“. Wer angesichts des pointierten Titels eine Generalabrechnung mit denjenigen erwartet hatte, die sich in letzter Zeit angesichts der weltweiten Wirtschafts- und Finanzkrise für energisches staatliches Handeln ausgesprochen haben, sah sich schon bald eines besseren belehrt. Der Vorsitzende der Hayek-Gesellschaft schlug vielmehr ausgesprochen nachdenkliche Töne an: Gerade der Liberalismus zweifle an der Fähigkeit des Menschen, zu absoluten Wahrheiten zu gelangen. Entsprechend müssten seine Vertreter auch in besonderem Maße zur Selbstkritik fähig sein. Doch selbst wenn man eine „Mitverantwortung der Liberalen“ einräume, bestehe für sie wenig Grund, „in Sack und Asche zu gehen“, habe doch gerade der Ordoliberalismus schon immer eine wichtige Rolle für den Staat gesehen. Die jetzige Situation der Volkswirtschaften könne mit der eines Todkranken verglichen werden, dem man nicht mit Hinweis auf wahrscheinliche Langfristfolgen die kurzfristig lebensrettende Medizin verweigern dürfe. Dennoch sei es die Pflicht der Liberalen, die Öffentlichkeit für die langfristigen Folgen der konjunkturpolitischen Maßnahmen zu sensibilisieren.

Die Dritte Wilhelm-Röpke-Vorlesung wird in Kürze als *HWWI Policy Paper der Zweigniederlassung Thüringen* erscheinen. Interessenten können den Text von der Webseite des Instituts herunterladen oder bei Joachim Zweynert eine Druckfassung bestellen. Das Wilhelm-Röpke-Institut dankt der Thüringer Aufbaubank für die organisatorische Unterstützung bei der Durchführung der Veranstaltung.

**SEMINAR**

Mit freundlicher Unterstützung der *Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft* veranstalteten das *Wilhelm-Röpke-Institut* und der *Doktorandenverbund des Dogmenhistorischen Ausschusses des Vereins für Socialpolitik* einen **Workshop zum Thema „The High Years of Theory. Die Wurzeln ordnungsökonomischen Denkens in den 1920er Jahren“**, der am 11. und 12. Februar 2009 in der Thüringer Aufbaubank stattfand. Neben Vorträgen der Doktoranden zu ihrer aktuellen Forschung steuerten Dr. Hauke Janssen (Hamburg, Vortrag: „Zwischen Historismus und Neoklassik. Alexander Rüstow und die Krise in der deutschen VWL“) und Prof. Dr. Harald Hagemann (Hohenheim, Vortrag: „Die deutsche VWL in den 1920er Jahren“) Referate bei. Verstärkt wurde das Team der „Arrivierten“ durch Prof. Dr. Heinz Rieter (Hamburg). Das Seminar wurde von Stefan Kolev (Hamburg) und Arash Molavi Vasséi (Hohenheim) organisiert, die Seminarleitung hatte Joachim Zweynert inne. Nähere Informationen zur Veranstaltung finden sich im Internet unter [www.roepke-institut.de](http://www.roepke-institut.de).

**NEUERSCHEINUNGEN**

Im ersten Quartal des Jahres sind zwei neue HWWI Forschungspapiere der Zweigniederlassung Thüringen erschienen. In seinem Beitrag **„Zwischen Historismus und Neoklassik. Alexander Rüstow und die Krise in der deutschen Volkswirtschaftslehre“**, der Schriftfassung seines Vortrages auf dem Erfurter Doktorandenseminar, schildert Hauke Janssen, wie das Unbehagen an der Theorielosigkeit der Historischen Schule eine Gruppe junger Ökonomen um Alexander Rüstow ab Mitte der 1920er Jahre zu dem – letztlich gescheiterten – Versuch veranlasste, eine „geschlossene Front“ aller deutschen Theoretiker aufzubauen und die theoretische Nationalökonomie auch institutionell in der deutschen Forschungslandschaft zu verankern.

In seinem über fünfzig Seiten umfassenden Papier **„Macht und soziale Kohäsion als Determinanten: Zur Rolle des Staates in der Wirtschaftspolitik bei Walter Eucken und Wilhelm Röpke“** vergleicht Stefan Kolev die Staatskonzeptionen zweier ganz entscheidender Wegbereiter des deutschen Neoliberalismus und der Sozialen Marktwirtschaft. Es handelt sich um ein weiteres Kapitel (siehe auch *HWWI Research Paper 5-4*) aus der Dissertation des Verfassers, in der er die Ideen von Röpke, Eucken, Hayek und Mises anhand der Haupttopoi ihres Denkens vergleichend analysiert und die er aller Voraussicht nach bis Ende dieses Jahres fertig stellen wird. Beide Publikationen finden Sie unter [www.hwwi.org](http://www.hwwi.org) (HWWI Thüringen).

**Dritte Wilhelm-Röpke-Vorlesung****12. Februar 2009**

Auf dem Foto (von links): Prof. Dr. Thomas Straubhaar (HWWI), Dr. Gerhard Schwarz (NZZ) und Michael Schneider (Thüringer Aufbaubank).

HWWI News Thüringen erscheint viermal im Jahr in deutscher Sprache und steht in elektronischer Version und kostenlos zur Verfügung. Der Newsletter kann abonniert werden unter: [newsthuringen@hwwi.org](mailto:newsthuringen@hwwi.org).